

Dienstag, 30. Juli 2024



Im Ehrenhain Zeithain wird an den Tod Zehntausender überwiegend sowjetischer Kriegsgefangener in der NS-Zeit erinnert.

# Irrwege statt Lehrpfad in Zeithain

Ein seit 2010 geplantes Gedenkprojekt für ermordete Kriegsgefangene in Sachsen kommt nicht voran

**Ehrenamtliche bemühen sich im sächsischen Zeithain um ein würdiges Gedenken an 30 000 in der NS-Zeit ermordete Kriegsgefangene. Doch für einen seit 15 Jahren geplanten Lehrpfad gab es jetzt einen empfindlichen Rückschlag.**

HENDRIK LASCH

Das Geld ist weg. Eine halbe Million Euro hätte bis Ende 2025 in einen Geschichtslehrpfad fließen sollen, mit dem im sächsischen Zeithain an ein schlimmes Verbrechen der NS-Zeit erinnert werden soll: die Ermordung Zehntausender Kriegsgefangener. An keinem anderen Ort in Deutschland kam eine vergleichbare Zahl gefangener Soldaten zu Tode. Jetzt aber wurde bekannt, dass es für das seit 15 Jahren geplante Vorhaben einen empfindlichen Rückschlag gibt. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG) hat entschieden, die Mittel in andere Vorhaben umzulenken. Der Förderverein der Gedenkstätte ist entsetzt und fürchtet, das Projekt könne sich um Jahre oder gar Jahrzehnte verzögern.

In Zeithain errichtete die Wehrmacht im Juli 1941 das Stammlager Stalag 304 (IV/H). Bis die Rote Armee das Lager im April 1945 befreite, kamen dort bis zu 30

000 sowjetische Kriegsgefangene und einige Hundert Italiener und Polen um. Mehr NS-Opfer sind an keinem Ort in Sachsen zu verzeichnen. Seit vielen Jahrzehnten wird an sie in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain erinnert. Diese wurde allerdings auf dem Gelände eines ehemaligen Lazarett eingerichtet, das zehn Kilometer vom Ort des eigentlichen Lagers entfernt liegt. Dieser war nicht zugänglich, weil sich dort bis zum Ende der DDR ein sowjetischer Truppenübungsplatz befand.

Seit 2010 nun müht sich der Förderverein, dort einen Lehrpfad anzulegen. Unter anderem sollen Installationen die Lage und Größe von Baracken verdeutlichen. Allerdings liegt das Areal heute in einem Naturschutzgebiet von europäischem Rang. Widerstände in den Naturschutzbehörden paarten sich mit Unwillen in der Gedenkstättenstiftung, in der Projekte zur NS-Zeit bis zu einem Führungswechsel 2020 einen schweren Stand hatte. Um so erfreulicher war eine Entscheidung des sächsischen Landtags, der im Februar 2022 eine halbe Million Euro aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR bewilligte. Allerdings muss das Geld bis Ende 2025 ausgegeben sein.

Daran, dass dies gelingen könne, glaubte man in der Stiftung aber nicht mehr, als Ende April die Unterzeichnung entsprechender Verträge anstand. Geschäftsführer Markus Pieper verweist auf noch nicht erteilte bauliche Genehmigungen und Verzögerungen in der Projektabwicklung. Nach Angaben des Fördervereins liegt ein Bauantrag seit sechs Monaten unbearbeitet beim Landkreis Meißen.

»Die Entwicklung des Lehrpfads wird auf Jahre, vermutlich Jahrzehnte verzögert.«

Erklärung des ehrenamtlichen Fördervereins

Damit die Mittel nicht verfallen, beantragte die Stiftung eine Verwendung für andere Zwecke: ein Schaudepot für Grabsteine von Opfern der NS-Krankenmorde in Großschweidnitz und ein Gedenkort für Opfer der NS-Militärjustiz am Brückenkopf in Torgau. Pieper betont, der Lehrpfad in Zeithain stehe »nicht vor dem Aus«. Die Umsetzung solle nun aus eigenen Mitteln der Stiftung und »gegebenenfalls in alternativer Form« erfolgen.

Der Förderverein hält das für unrealistisch. Er fürchtet, das Ergebnis werde »didaktisch völlig unzureichend« sein und die Bedeutung des Massenverbrechens »immer mehr verdecken statt ausleuchten«. Scharfe Kritik gibt es auch an der Informationspolitik der Stiftung. Die im Frühjahr getroffene Entscheidung zur Umwidmung der Gelder, deren Ursprung der Verein in »Panik angesichts selbstverschuldeter Verzögerungen« sieht, wurde den Betroffenen erst drei Monate später mitgeteilt.

Der Verein versucht, mit einer Petition die Rücknahme der Entscheidung zu erwirken. Er weist darauf hin, dass beim Erinnern an ähnliche Verbrechen andernorts »ganz andere Maßstäbe gesetzt« würden. Für die Dokumentationsstelle im einstigen Stalag 326 im westfälischen Holte-Stukenbrock hätten Bund und Land je 25 Millionen Euro zugesichert. Allerdings gibt es auch dort Probleme. Der Kreistag Gütersloh beschloss im März erhebliche Abstriche an dem Projekt, um die Zuschüsse für Betriebskosten zu reduzieren. So soll ein geplantes Besucherzentrum entfallen. Im Herbst hatte eine Mehrheit von CDU, Freien Wählern und AfD sogar gänzlich gegen eine Beteiligung der Kommune gestimmt.

## Regierung weiter ahnungslos

Linke-Anfrage zu Angriffen auf Gedenkorte für Faschismus-Opfer nur lückenhaft beantwortet

**Die Leitungen von KZ-Gedenkstätten klagen seit Jahren über eine Zunahme rechter Übergriffe. Doch noch immer werden diese Straftaten nicht gesondert erfasst.**

JANA FRIELINGHAUS

Es war nicht das erste Mal, dass Linke-Abgeordnete von der Bundesregierung Informationen zu Zahl und Charakter von Straftaten gegen Gedenkorte für die Opfer der Naziherrschaft anforderten. Aber noch immer werden diese nicht adäquat erfasst. Das offenbart die bereits nachgebeserte Antwort des Bundesinnenministeriums auf die jüngste Anfrage zum Thema.

Hintergrund der Anfrage: Seit Jahren beklagen die Leitungen von KZ-Gedenkstätten im ganzen Land eine spürbare Zunahme von Übergriffen. Das fängt beim Kapern von Führungen durch rechte »Fragesteller« an und hört beim Beschmieren von Denkmälern mit Hakenkreuzen längst nicht auf.

Bei der Regierungsantwort, die »nd« vorliegt, fällt ins Auge, dass in der langen Liste der Einzelfälle auch viele Sachbeschädigungen an »Kriegerdenkmälern« und Grabstätten von Nazis auftauchen. Diese Taten werden als »links« motiviert eingeordnet.

Dazu erklärt die Bundesregierung wie schon bei früheren Anfragen von Jan Korte, Petra Pau, André Hahn und anderen Linke-

Abgeordneten, der Begriff »NS-Gedenkstätte« sei kein »bundesweit abgestimmtes Angriffsziel« im Katalog des »Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität«. Man könne daher keine Angaben darüber machen, wie viele NS-Gedenkstätten angegriffen wurden. Alternativ sei auf das Angriffsziel »Gedenkstätte« zurückgegriffen worden.

Da die erste Antwort vom 8. Juli besonders lückenhaft war, forderte der Parlamentarische Geschäftsführer der Gruppe Die Linke im Bundestag, Christian Görke, eine Vervollständigung an. Diese enthält aber noch immer nicht die verlangten genauen Namen der angegriffenen Gedenkorte.

Insgesamt wurden zwischen dem 2. Januar 2019 und dem 17. Juni dieses Jahres 1742 Delikte erfasst. Darunter waren 991 Sachbeschädigungen und 127 Fälle von Volksverhetzung. In 381 Fällen wurden Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet. Nur 155 Delikte wurden aufgeklärt, was einer Quote von 8,9 Prozent entspricht.

1019 Straftaten wurden als rechts (59 Prozent), 395 als links motiviert eingeordnet (23 Prozent). 159 Angriffe konnte die Polizei nicht zuzuordnen (9 Prozent).

Der bei der Anfrage federführende Bundestagsabgeordnete Jan Korte findet es »bezeichnend, dass die Bundesregierung noch

immer nicht sagen kann oder will, wie viele und welche NS-Gedenkstätten genau angegriffen wurden«. Angesichts dessen müssten Erfassung und Statistik »so schnell wie möglich« überarbeitet werden. »Doch diese Bundesregierung möchte offenbar lieber weiter in Unkenntnis bleiben, da ansonsten womöglich irgendein Handlungsdruck entstünde«, moniert der Politiker.

Laut Bundesregierung ist eine »weitergehende Ausdifferenzierung des Oberangriffsziels »Gedenkstätte« (...) mit Blick auf die derzeitigen Fallzahlen aktuell nicht geplant«.

Korte findet das angesichts von »1019 eindeutig rechten Straftaten gegen Gedenkorte in den letzten fünf Jahren, also fast 200 jedes Jahr« skandalös. Zumal die Dunkelziffer »vermutlich noch viel höher« liege. Denn die meisten Angriffe blieben von der Öffentlichkeit und oft nicht gut geschulten Polizisten unbemerkt. Auch die niedrige Aufklärungsquote sei besorgniserregend.

Korte erwartet, dass Bund und Länder »deutlich mehr unternehmen, um das Problem in den Griff zu kriegen«. Denn: »Wer antifaschistische Gedenkorte angreift und schändet, der vergeht sich quasi ein zweites Mal an den Opfern und verunglimpft diejenigen, die im Kampf gegen den NS-Terror ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Freiheit eingesetzt haben.«